

Niederschrift

RAT/VIII/25

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 29.11.2012 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Branse, Martin
Eimers, Alfred
Everding, Klara
Fedder, Ralf
Hemker, Leo
Isfort, Mechthild
Kreutzfeldt, Brigitte
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Lembeck, Guido
Meier, Frank
Meier, Lisa Margeaux
Mensing, Hartwig
Rahsing, Ewald
Reints, Hermann
Riermann, Günter
Schaten, Carina
Schenk, Klaus
Schubert, Franz
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf
Tendahl, Ludgerus
Wilde, Andreas

ab TOP 8 ö.S.

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter	
Isfort, Werner	Kämmerer	
Roters, Dorothea	Gleichstellungsbeauftragte	bis TOP 9 ö.S.
Wisner-Herrmann, Sabine	Schritfführerin	

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor
Espelkott, Tobias
Weber, Winfried

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:40 Uhr

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

Es wurden keine Anfragen von Ratsmitgliedern gestellt.

3 Bericht aus anderen Gremien

3.1 Verbandsversammlung des Zweckverbandes der "Musikschule Billerbeck Coesfeld Rosendahl" - Bürgermeister Niehues

Bürgermeister Niehues berichtete über die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Musikschule Billerbeck Coesfeld Rosendahl“ am 6. November 2012, bei der zwei Punkte auf der Tagesordnung standen, und zwar die Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und die Änderung der Gebührensatzung.

Er zitierte im Folgenden aus dem Lagebericht zum Jahresabschluss 2009, wonach für das Jahr 2009 von einem Fehlbedarf in Höhe von 9.570,63 € und für die Jahre 2010 und 2011 von einem Fehlbedarf in Höhe von 43.229,03 €, insgesamt also von 52.799,66 €, ausgegangen werden müsse. Man gehe davon aus, dass diese Verluste überwiegend durch zusätzliche Honoraraufwendungen für verstärkten Einzelunterricht verursacht worden seien und versuche nun, die Kosten für den Einzelunterricht zu senken. Nach Rücksprache mit den Eltern seien fast alle bereit, ihre Kinder künftig in Zweiergruppen unterrichten zu lassen. Eine weitere Maßnahme werde die sozialverträgliche Erhöhung der Gebühren zum 1. Januar 2013 sein. Die geänderte Gebührensatzung sehe hierzu zwei neue Einkommensstufen vor (bis 55.000 € und über 55.000 €), für die die Gebührensätze erhöht worden seien.

Frau Dr. Boland-Theißen hoffe, damit die Finanzen der Musikschule wieder zu konsolidieren. Da sie aber noch nicht abschätzen könne, wie sich die Gebührenerhöhung ab 1. Januar 2013 auf das Anmeldeverhalten auswirken werde, wolle sie den neuen Haushalt erst im März 2013 vorlegen. Dieses Vorgehen sei mit der Kommunalaufsicht des Kreises Coesfeld abgestimmt. Dennoch sei es wahrscheinlich nicht zu vermeiden, dass die Verbandsumlage erhöht werden müsse. Hierfür ursächlich sei vor allem die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst, die für steigende Personalkosten gesorgt habe.

3.2 Treffen der LEADER Arbeitsgemeinschaft - Herr Schulze Baek

Ratsmitglied Schulze Baek berichtete über das Treffen der LEADER Arbeitsgemeinschaft. Drei Förderanträge der Gemeinde Rosendahl seien befürwortet worden. Dabei handele es sich um eine Nachförderung für den Generationenpark Haus Holtwick, eine Förderung für den Dorfpark Osterwick und den 2. Bauabschnitt des Generationenparks „Bahnhof Darfeld“ sowie die Außentreppe am Bahnhof Darfeld. Damit seien die zur Verfügung stehenden LEADER-Mittel momentan ziemlich ausgeschöpft. Die Bezirksregierung habe für die Ortsteile Darfeld und Osterwick eine Besichtigung angekündigt.

3.3 Verbandsversammlung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl - Bürgermeister Niehues

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Kreuzfeldt berichtete Bürgermeister Niehues über die Verbandsversammlung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl. Dabei sei der wichtigste Tagesordnungspunkt die Umwandlung der Verbundschule in eine Sekundarschule zum Schuljahr 2013/14 gewesen. Alle Beschlüsse dazu seien einstimmig gefasst worden. Herr Lenz habe inzwischen den entsprechenden Antrag an die Bezirksregierung weitergeleitet. Die Anmeldungen für die Sekundarschule sollen im Februar 2013 stattfinden. Er sei zuversichtlich, dass die geforderte Mindestanzahl von 60 SchülerInnen erreicht bzw. überschritten werde.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 27. September 2012.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

5 Anregung gemäß § 24 GO NRW der Nachbarschaft Haus Holtwick und des Fördervereins Tor-Haus Holtwick e.V. vom 20.09.2012; hier: Absperrung der Kommunikationsfläche am Torhaus Holtwick Vorlage: VIII/495

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/495 und schlug vor, diesen Antrag an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Everding erkundigte sich, ob dieser Antrag nicht bereits am Vortag im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beraten worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass lediglich eine Ortsbesichtigung stattgefunden habe, um sich für die anstehenden Beratungen ein Bild zu machen.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Die Anregung gemäß 24 GO NRW wird zur weiteren Beratung an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Fraktionsvorsitzender Steindorf antwortete, dass er es dem Rat überlasse, den Antrag zu verweisen.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 Antrag der CDU-Fraktion vom 15. November 2012;
hier: Beauftragung der Verwaltung zur Ausschreibung einer Organisationsuntersuchung für die Verwaltung
Vorlage: VIII/494**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/494 und erteilte zunächst der Gleichstellungsbeauftragten Frau Roters auf ihren Wunsch das Wort für eine Stellungnahme.

Frau Roters machte deutlich, dass sie als Gleichstellungsbeauftragte an der Sitzung teilnehme und klarstellen wolle, dass es keine Fronten zwischen ihr und dem Bürgermeister gebe. Der Bürgermeister selbst habe dem Rat die Vorlage seines Organisationskonzeptes für Februar 2013 angekündigt. Eine externe Organisationsuntersuchung halte er für zu teuer. Nur in der Frage der Vorgehensweise seien Bürgermeister Niehues und sie selbst als Gleichstellungsbeauftragte verschiedener Meinung. In dieser Funktion dürfe sie eine abweichende Meinung vertreten. Es liege in der Natur des Aufgabengebietes einer Gleichstellungsbeauftragten, dass sie durchaus unbequem sein müsse. Dadurch stelle sich für sie aber nicht die Frage der Loyalität gegenüber dem Bürgermeister. Sie selbst sei davon überzeugt, dass sich die Ausgabe für ein Organisationsgutachten langfristig amortisieren werde. Ein externer Blick auf das seit Jahren bestehende Verwaltungsgefüge der Gemeinde Rosendahl sei unbedingt notwendig. In dieser Überzeugung liege der gravierende Unterschied zu den Ansichten des Bürgermeisters.

Dieser habe ihr schon in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15. November 2012 die Möglichkeit einer Stellungnahme gegeben und sie sei der Ansicht, dass teilweise auch schon ein gemeinsam abgestimmter Weg beschritten werde. Im Anforderungsprofil für die Stellenbesetzung Fachbereichsleiter/In Finanzen und Controlling sei bereits Bezug auf ein noch durchzuführendes Organisationsgutachten genommen worden. Die zukünftige Neubesetzung der besagten Stelle sei geklärt. All das sei Zeugnis dafür, dass keine Fronten aufgebaut werden. Auch wenn der Bürgermeister und sie sich sachlich streiten könnten, sei ihr Verhältnis zueinander von gegenseitigem Respekt geprägt.

Bürgermeister Niehues bestätigte die Aussage von Frau Roters, dass es zwar in Organisationsfragen unterschiedliche Meinungen gebe, dass aber keine Fronten aufgebaut worden seien. Die Beauftragung einer Organisationsuntersuchung sei eine politische Entscheidung des Rates, der auch die dafür notwendigen Ausgaben gegenüber den Wählern vertreten müsse. Er selbst werde sich bei der Abstimmung darüber enthalten. Im Falle einer positiven Entscheidung für die Organisationsuntersuchung werde er diese auch nutzen. Die Verantwortung dafür trage jedoch der

Rat. Er betonte an dieser Stelle ausdrücklich, dass alle Kollegen im Rathaus sehr gute Arbeit machten. Vor zwei Tagen habe z.B. das Abschlussgespräch mit den Wirtschaftsprüfern stattgefunden, die der Finanzbuchhaltung gute Arbeit attestiert hätten. Er stehe als Bürgermeister voll hinter allen seinen Mitarbeitern. Die ganze Diskussion sei nur durch den Antrag von Herrn Steindorf ausgelöst worden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf berichtete, dass es sich hier nicht um „seinen“ Antrag handele, sondern um einen Antrag, der auf absolutem Rückhalt der CDU-Fraktion beruhe. Er bitte darum, dieses zu beachten. Die CDU-Fraktion halte ihren Antrag weiterhin aufrecht, sei aber zu einer inhaltlichen Diskussion bereit.

Ratsmitglied Everding berief sich auf eine Äußerung von Bürgermeister Niehues, wonach er sein Personalkonzept bereits zu 99 % fertig habe. Sie bitte daher lediglich darum, die Gleichstellungsbeauftragte Frau Roters bei der Umsetzung zu beteiligen. Sie werde den Antrag der CDU-Fraktion ablehnen.

Bürgermeister Niehues bestätigte, dass sein Personalkonzept weitgehend fertig sei und er es Anfang 2013 vorstellen werde. Er versichere, dass der Personalrat und die Gleichstellungsbeauftragte daran beteiligt werden.

Fraktionsvorsitzender Meier teilte mit, dass es zunächst unterschiedliche Meinungen in der FDP-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion gegeben habe. Inzwischen habe man sich darauf verständigt, in kompletter Fraktionsstärke dem Antrag zuzustimmen, da insbesondere die Argumente von Frau Roters überzeugend gewesen seien. Die Entscheidung dazu sei nicht leicht gewesen, da man das Kostenargument noch einmal auf den Prüfstand gestellt habe. Letztendlich habe man sich aber dazu durchgerungen, zu sehen, dass eine Organisationsuntersuchung mit anschließendem Personalentwicklungskonzept ein erster Schritt zur Errichtung eines tragfähigen Fundamentes für die nächsten 20 bis 30 Jahre sein könne, bei dem zukünftig auch Einsparungen möglich seien.

Ratsmitglied Rahsing wies darauf hin, dass es im Antrag der CDU-Fraktion um die Erstellung einer Organisationsuntersuchung gehe und noch nicht von einem Personalkonzept die Rede sei.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er es für richtig halte, zunächst mit Hilfe einer Organisationsuntersuchung festzustellen, welche Pflichtaufgaben die Gemeinde erfülle und welche Aufgaben zusätzlich übernommen werden. Bei einer Reduzierung der Fachbereiche von 4 auf 3 halte er diese Untersuchung für wichtig, um weiterhin eine sinnvolle Verteilung der Aufgaben zu erreichen. Für einen Erkenntnisgewinn, der zukünftig vielleicht für Einsparungen Sorge, sei der Aufwand von 25.000 € nicht so hoch. Er wünsche sich aber eine Aussage dazu, wie diese Untersuchung durchgeführt werden solle, wenn sich Bürgermeister Niehues möglicherweise auf sein Hausrecht berufe und die Untersuchung nicht unterstütze.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass die WIR-Fraktion intensiv über den geänderten Antrag der CDU-Fraktion beraten habe und diesen ablehnen werde. Die WIR-Fraktion glaube nicht, dass es Sinn und Zweck einer Organisationsuntersuchung sei, herauszufinden, welche Pflichtaufgaben eine Gemeinde durchführe. Hinlänglich bekannt sei auch, dass die Gemeinde Rosendahl auf Wunsch der Politik viele Aufgaben übernehme, die nicht zu den Pflichtaufgaben einer Verwaltung gehören. Er glaube nicht, dass die Ausgabe von 25.000 € das „Millionenloch“ bei den Personalkosten einsparen könne bzw. der Haushalt damit saniert werden könne. Es sei klar, dass durch möglicherweise anstehende Veränderungen, wie die Reduzierung von 4 auf 3 Fachbereiche Unruhe in die Verwaltung bringe. Es sei aber zwingend notwendig, bestehende Strukturen aufzubrechen und zu verändern. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Rosendahl werde aufgrund des demografischen Wan-

dels abnehmen und man müsse überlegen, wie man parallel zur abnehmenden Einwohnerzahl das Personal soweit reduzieren könne, dass es mit den ebenfalls verminderten Einnahmen Schritt halten könne.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass der Inhalt der Ausschreibung grundsätzlich auf dem von Frau Roters vorgestellten Konzept beruhen solle. Die möglichen Inhalte seien allen Ratsmitgliedern als Aktenvermerk mit dem Aufdruck „Muster“ zur heutigen Sitzung vorgelegt worden. Zunächst müsse ohnehin ein rechtskräftiger Haushalt erlangt werden. Weitere Diskussionen und Überlegungen könnten dann noch einmal in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erfolgen.

Ratsmitglied Reints machte deutlich, dass er keinen Sinn in der Erstellung eines Organisationsgutachtens für 25.000 € sehe, da man möglicherweise ein Ergebnis auf Papier erhalte, das man in der Realität gar nicht umsetzen könne. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe dem Bürgermeister ihr Vertrauen ausgesprochen, da sie davon überzeugt sei, dass er selbst „die Weichen“ richtig stellen und in Abstimmung mit den Mitarbeitern ein vernünftiges Konzept für die Zukunft erarbeiten könne. Kein Außenstehender sei in der Lage, über Mitarbeiter und ihre Aufgaben zu entscheiden.

Fraktionsvorsitzender Mensing zeigte sich irritiert über den Fraktionsvorsitzenden Steindorf, der von der Verwaltung verlange, die Inhalte der gewünschten Ausschreibung für die Organisationsuntersuchung zu formulieren. Diese Aufgabe müsse doch angesichts der vorangegangenen Diskussion von der CDU-Fraktion übernommen werden.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er sowohl das angekündigte Konzept des Bürgermeisters als auch das Ergebnis des Organisationsgutachtens kennenlernen wolle, um sich ein Bild machen zu können.

Fraktionsvorsitzender Steindorf verwies nochmals auf den Vortrag der Gleichstellungsbeauftragten Frau Roters in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Die dort vorgestellten Schritte und möglichen Punkte einer Organisationsuntersuchung seien in dem Vermerk mit dem Aufdruck „Muster“ dargelegt. Die CDU-Fraktion schlage vor, den Auftrag an die Verwaltung zu erteilen, eine Ausschreibung unter Beachtung der Kriterien aus diesem Vermerk vorzubereiten. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses könnten dann später entscheiden, ob die Ausführung durch die Verwaltung wunschgemäß durchgeführt werde.

Fraktionsvorsitzender Branse betonte, dass er im Protokoll gerne festgehalten haben wolle, dass der Bürgermeister ein in Auftrag gegebenes Organisationsgutachten wohlwollend begleiten werde.

Ratsmitglied Kreuzfeldt ergänzte, dass die SPD-Fraktion nach anfänglicher Uneinigkeit heute dem CDU-Antrag geschlossen zustimmen werde.

Ratsmitglied Schulze Baek verwies auf die von Bürgermeister Niehues bereits zu Beginn der Diskussion getroffene Aussage, dass er sich bei der Abstimmung zwar enthalten werde, eine evtl. zu beauftragende Organisationsuntersuchung aber nutzen werde. Zudem machte er deutlich, dass die CDU-Fraktion die Untersuchung extern durchführen lassen wolle, weil dazu kein anderer in der Lage sei.

Ratsmitglied Fedder zweifelte daran, dass man tatsächlich mit den genannten 25.000 € auskommen werde, da er bisher noch keinen Kostenvoranschlag gesehen habe. Zudem verwies er auf den Aktenvermerk der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Roters, wonach zwar eine Organisationsuntersuchung extern durchgeführt werde, die Politik aber kein Mitspracherecht bei daraus resultierenden Entscheidungen

gen habe.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass man sich mit etwas Fantasie durchaus vorstellen könne, dass der Rat im Rahmen der Haushaltsverabschiedung und der Genehmigung des Stellenplans doch einige Möglichkeiten zur Mitbestimmung habe. Allerdings finde er es schade, dass man sich hier gegenseitig Angst mache.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die immer wieder diskutierte Summe von 25.000 € aus der Anfrage bei der KGSt stamme. Da diese für die Durchführung des Organisationsgutachtens gar nicht mehr im Raum stehe, sei auch die Summe von 25.000 € nicht mehr aktuell.

Ratsmitglied Eimers berief sich auf den von Bürgermeister Niehues zu Beginn vorgetragenen Hinweis, dass die Ratsmitglieder die Kosten für eine Organisationsuntersuchung vor ihren Wählern vertreten müssten. Er könne sich gut vorstellen, dieses mit der Begründung zu tun, dass ein historischer Personalwechsel in mehreren Bereichen anstehe, den es in dieser Form so noch nicht gegeben habe. Das Ergebnis der Untersuchung wolle er nicht mitdiskutieren, weise aber darauf hin, dass man auch mit einem Ergebnis leben müsse, dass einem möglicherweise nicht gefalle.

Bürgermeister Niehues ließ sodann über den vorliegenden **Antrag** der CDU-Fraktion **abstimmen**:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beachtung aller gültigen Gesetze und sonstiger rechtlicher Vorgaben, die Ausschreibung zur Erstellung einer „Organisationsuntersuchung“ vorzubereiten.

Die Inhalte der Ausschreibung sollen den Kriterien entsprechen, die aus den Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten Frau Roters resultieren.

Die nötigen Aufwendungen sind in den Haushalt 2013 einzustellen. Bei Erlangung der Rechtskraft des Haushaltes soll die Ausschreibung umgesetzt werden.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	17 Ja Stimmen
	6 Nein Stimmen
	1 Enthaltung

Der Antrag war damit **angenommen**.

Fraktionsvorsitzender Steindorf beantragte anschließend eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wurde daraufhin von 20:10 Uhr bis 20:20 Uhr unterbrochen.

9 SPD Antrag vom 20. November 2012, hier: Umsetzung des Projektes "Stolpersteine" in der Gemeinde Rosendahl

Bürgermeister Niehues rief zur Beratung den zur aktuellen Sitzung vorgelegten Antrag der SPD-Fraktion auf (**Anlage I**).

Ratsmitglied Kreuzfeldt bedankte sich bei allen Ratskollegen, dass der von ihm wegen eines handwerklichen Fehlers zu knapp eingereichte Antrag dennoch heute beraten werden könne.

Die SPD-Fraktion begrüße die Initiative des Heimatvereins Darfeld, sich an dem

europaweiten Projekt „Stolpersteine“ zu beteiligen und wolle dieses Projekt auf die Ortsteile Osterwick und Holtwick ausweiten. Allerdings wisse man noch nicht, ob es in Holtwick auch jüdische Familien oder andere Verfolgte gegeben habe. Jakob Rose sei Angestellter beim Standesamt Osterwick gewesen und somit sei die Gemeinde Rosendahl nach Auffassung der SPD-Fraktion als Rechtsnachfolger in der Pflicht, das Gedenken an ihn zu erhalten. Daher beantrage die SPD-Fraktion die Übernahme der Kosten für den Stolperstein „Jakob Rose“ in Höhe von 120,00 €. Falls die Verwaltung sich hier nicht in der Verpflichtung sehe, bitte die SPD-Fraktion um die Genehmigung, hier dennoch tätig werden zu können.

Fraktionsvorsitzender Branse verwies auf seine Nein-Stimme bei der Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung. Er habe sich nicht mit Herrn Kreuzfeldt zerstritten. Hier habe es sich lediglich um eine formalrechtliche Sache gehandelt. Häufig genug werde dem Bürgermeister Rechtsbruch vorgeworfen, so dass an dieser Stelle eigentlich alle Ratsmitglieder mit Nein hätten stimmen müssen. Inhaltlich gebe es selbstverständlich keine Diskussion zu diesem Antrag. Er hoffe, dass auch die fehlenden Fraktionskollegen, die im Vorfeld nicht über den Antrag informiert werden konnten, mit der Vorgehensweise einverstanden seien.

Fraktionsvorsitzender Mensing bedankte sich für die Klarstellung. Ihm sei es auch nicht leicht gefallen, der Erweiterung der Tagesordnung zuzustimmen. So wie er den Antrag verstanden habe, wolle die SPD-Fraktion auch selbst einen Stolperstein sponsern. Er wolle an dieser Stelle den Vorschlag machen, nicht die Gemeindekasse zu belasten, sondern den Stein für Jakob Rose über Spenden zu finanzieren. Möglicherweise könnten z.B. die Mitarbeiter der Verwaltung gemeinsam dafür spenden. Die Gemeinde habe dann nur noch die Aufgabe, zuzulassen, dass Steine im öffentlichen Raum installiert werden. Die WIR-Fraktion unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion auf jeden Fall.

Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte, ob man gleich heute dazu einen Beschluss fassen oder den Antrag an den zuständigen Ausschuss verweisen solle.

Ratsmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass er nicht riskieren wolle, dass ein Beschluss beanstandet werde, weil einige Ratsmitglieder heute nicht anwesend seien und auch vorher nicht über den Antrag informiert werden konnten. Er schlage vor, dass der Stein für Jakob Rose von der Gemeinde Rosendahl bezahlt werde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die notwendigen Mittel für den Stein zunächst in den Haushalt der Gemeinde Rosendahl für 2013 eingestellt werden müssten. Er schlage daher vor, den Antrag an den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss zu verweisen und im Rahmen der dortigen Haushaltsberatungen dann die notwendigen Mittel in den Haushalt einzustellen.

Ratsmitglied Kreuzfeldt ergänzte, dass er das für sinnvoll halte. Er habe bewusst in seinen Text einen Link eingefügt. Wenn man möglicherweise den Künstler einladen wolle, bekomme man ohnehin vor Mai 2013 dafür keinen Termin.

Im weiteren Verlauf einigten sich die Ratsmitglieder darauf, den Antrag an den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss zu verweisen und dort noch einmal ausführlich über Einzelheiten zu diskutieren.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 20. November 2012 wird zur weiteren Beratung an den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012 mit Nachtragshaushaltsplan und 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes
Vorlage: VIII/476

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15. November 2012.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2012 mit der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes und ihren weiteren Bestandteilen und Anlagen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja Stimmen
3 Enthaltungen

11 Erlass einer Satzung über die Änderung und Aufhebung der Zweckbindung eines Interessentengrundstücks der Netter Mark im Ortsteil Darfeld der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VIII/475

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15. November 2012.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die „Satzung über die Änderung und Aufhebung der Zweckbindung eines Interessentengrundstücks der Netter Mark im Ortsteil Darfeld der Gemeinde Rosendahl“ wird auf der Grundlage des der Sitzungsvorlage VIII/475 als Anlage III beigefügten Satzungsentwurfes beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12 46. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Darfeld (Bereich "Am Spielberg")
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Feststellungsbeschluss
Vorlage: VIII/480

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 28. November 2012.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VIII/480 zu den Anlagen I bis VII beigefügten Ratsbeschlüssen werden bestätigt.

Den der Sitzungsvorlage Nr. VIII/480 zu den Anlagen VIII bis X beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Darfeld (Bereich „Am Spielberg“), bestehend aus Planzeichnungen und Begründung einschließlich Umweltbericht wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13 Aufstellung des Bebauungsplanes "Am Spielberg" im Ortsteil Darfeld
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/481**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 28. November 2012.

Fraktionsvorsitzender Branse machte deutlich, dass die SPD-Fraktion der Ansicht sei, dass die Aufstellung eines Bebauungsplanes hier nicht notwendig gewesen sei und man das gewünschte Ergebnis auch anders hätte erreichen können. Die SPD-Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss:**

Die der Sitzungsvorlage VIII/481 zu den Anlagen I bis VIII beigefügten Ratsbeschlüsse werden bestätigt.

Den der Sitzungsvorlage Nr. VIII/481 als Anlagen IX bis XI beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan „Am Spielberg“ im Ortsteil Darfeld, bestehend aus Planzeichnungen, Erläuterungen und Begründung einschließlich Umweltbericht wird gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Die Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses erfolgt erst dann, wenn die erforderlichen Erschließungsverträge mit den Grundstückseigentümern geschlossen sind.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja Stimmen
3 Nein Stimmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

20 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Schürkamp" im Ortsteil Osterwick

hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Vorlage: VIII/490

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 28. November 2012.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Schürkamp“ im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/490 beigefügten Entwurf, bestehend aus Satzungstext, Begründung und Planzeichnungen, durchgeführt.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21 Mitteilungen

21.1 Erneute Kandidatur von Bürgermeister Niehues im Jahr 2015

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es eigentlich zu früh sei, er sich aufgrund der Vorkommnisse der letzten Wochen jedoch dazu entschlossen habe, heute mitzuteilen, dass er im Jahr 2015 erneut als Bürgermeisterkandidat antreten werde, wenn er weiterhin so gesund und fit bleibe wie bisher. Die „Spatzen piffen es bereits von den Dächern“, dass die CDU Rosendahl die Verwaltungsmitarbeiterin Frau Roters als Bürgermeisterkandidatin nominieren wolle, so dass er es für notwendig halte, sich entsprechend zu positionieren, um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen. Die Arbeit als Bürgermeister mache ihm großen Spaß und er könne sich nicht vorstellen, mit 61 Jahren im Ruhesessel zu sitzen. Fraktionsvorsitzender Steindorf müsse sich daher auch keine Sorge darüber machen, dass er „verbrannte Erde“ zurücklassen werde, wie es im rechtswidrigen CDU-Antrag formuliert worden sei.

22 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Niehues
Bürgermeister

Wisner-Herrmann
Schriftführerin